

Chur-Brandenburgisches

EDICT,

Betreffend

Diesjenige Rechte / Privilegia und andere
Wolthaten / welche Se. Churf. Durchl. zu Bran

**Ein neues Toleranzedikt für
Brandenburg – geistige Offenheit,
solidarische Hilfsbereitschaft
und pragmatischer Wagemut.**

Ein Vorschlag des Vereins ‚Neues Potsdamer Toleranzedikt‘,
am 16. November 2015, Internationaler UNESCO-Tag
für Toleranz.

Ein neues Toleranzedikt für Brandenburg – geistige Offenheit, solidarische Hilfsbereitschaft und pragmatischer Wagemut.

Im Vergleich zu den 80er und 90er Jahren ist Brandenburg in den letzten 25 Jahren ein welt-offenes Land geworden. Das Handlungskonzept ‚Tolerantes Brandenburg‘ (seit 1998) und das ‚Neue Potsdamer Toleranzedikt (seit 2008) sind zugleich Ausdruck und Träger davon. Darüber dürfen wir uns freuen, das darf uns aber nicht beruhigen.

Trotz zahlreicher und schneller Veränderungen in der Vergangenheit sind die Herausforderungen nicht kleiner geworden. Diese können wir nur gemeinsam lösen, wobei dieses große ‚Wir‘ pluralistisch aus vielen Einzelnen besteht. Deshalb müssen wir bei allen Differenzen miteinander sprechen können und im Gespräch bleiben, wo immer es geht. Nicht nur die Inhalte der Auseinandersetzung, sondern ebenso ihre *Formen* sind wichtig. Einschüchterung, Hasspropaganda und Hetze zerstören die demokratische Kultur.

In Brandenburg sind in den 90er Jahren Begriff und Thema der Toleranz überraschend zentral und deutlich polemisch gegen das Nicht-Tolerierbare in Gestalt von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus zurückgekehrt. Zwischen Intoleranz und dem Nicht-Tolerierbaren muss man unterscheiden können. Gegen Letzteres benötigt man einen tragfähigen Konsens der Demokraten, der nicht selbstverständlich ist. Beides sind Fixpunkte des neuen Toleranzedikts.

Toleranz schließt den Konflikt nicht aus, sondern ein. Die Toleranz der Demokratie umfasst vieles, auch Meinungen an den Rändern des politischen Spektrums; sie ist weich, aber nicht schwach. Im Gegenteil: Toleranz und Entschiedenheit gegen das Nicht-Tolerierbare lassen sich kombinieren. Das ist die Kunst der aufgeklärten Urteilskraft.

Toleranz bedeutet nicht Beliebigkeit, Gleichgültigkeit oder Relativismus. Sie gibt diesen Raum,

setzt ihnen aber auch Grenzen. Sie bleibt mit einer demokratischen Identität und konkreter Urteils-kraft verbunden; wir leben in einer verfassungs-demokratischen Bürgergesellschaft. Zu den Freiheiten, die wir schätzen, gehört die Toleranz, die wir brauchen wie die Luft zum Atmen. Sie gibt uns wechselseitig die Spielräume, um gedeihen zu können.

Die Gleichheit ist eine Bedingung der Freiheit. Der Gebrauch dieser Freiheit führt zu Unterschieden. Je mehr Freiheiten, desto mehr Unterschiede, mit denen wir lernen müssen, *friedlich* und *demokratisch* umzugehen. Aus diesem Grund wird die Verhaltenstugend der Toleranz nicht weniger wichtig, sondern wichtiger. Und zugleich *schwieriger*, weshalb wir ins Gespräch miteinander kommen müssen.

Toleranzedikt als Stadtgespräch meint einen Weg, welcher die *Offenheit des Dialogs* mit der *Verbindlichkeit von Werten* des Zusammenlebens verbindet. Dieser Weg, wenn er denn gegangen wird, schafft Verbindungen. Er kann zu einem Netzwerk der Netzwerke für die ganze Region werden. Um die künftigen Herausforderungen meistern zu können, brauchen wir breite, solide und erfolgreiche Bürgerbündnisse aus der Mitte der Gesellschaft heraus. *Mitte* ist hier auch ein ethisch-politisches Konzept, das sich auf ein zivilisiertes Zusammenleben bezieht – gegen Maßlosigkeit und Extreme aller Art.

Seit der Flüchtlingskrise 2015 geht eine große Hilfsbereitschaft durch das Land. Land und Leute rücken näher zusammen, wo Politik und Behörden überfordert sind. Die spontane Hilfe in der Not ist zunächst *das Wichtigste* und wintersichere Unterkünfte *das Vordringlichste*. Die engagierte Bürgergesellschaft leistet vor Ort Beeindruckendes. *Das Flüchtlings-Hilfe-Portal ‚HelpTo‘* bietet beispielsweise die einfache Möglichkeit, diese zivilgesellschaftliche Arbeit zu koordinieren und

schnell die ersten Schritte der Integration voranzutreiben. Das ist pragmatisches Handeln in der Praxis.

Wir brauchen Menschen, die die Ideen des ‚Toleranten Brandenburg‘ und des ‚Neuen Potsdamer Toleranzedikts‘ weitertragen. Das neue Toleranzedikt für Brandenburg, das aktueller ist denn je, lebt, solange dies geschieht. Es steht vor einer Bewährungsprobe. Weitere Vorschläge, Ergänzungen und Verbesserungen können jederzeit in dieses Ideenreservoir eingespeist werden. Es handelt sich um einen *offenen* und *unabgeschlossenen Prozess* mit einigen *Fixpunkten* und zahlreichen *Anknüpfungspunkten*.

Die Fixpunkte, die in der Präambel des ‚Neuen Potsdamer Toleranzedikts‘ (2008) festgehalten sind, bilden ein ethisch-politisches Minimum, das viele Menschen vereinigen kann. *Der Geist des Toleranzedikts*, den man nicht verordnen und nur zum Teil organisieren kann, besteht in dieser Orientierung, die man mit einem kreativen Pragmatismus verbinden muss. Sie geht unter anderem vom ‚Edikt von Potsdam‘ (1685) aus, das nach dem Scheitern des ‚Edikts von Nantes‘ (1598) ein Einladungsedikt zum richtigen Zeitpunkt war. Die 20.000 französischen Hugenotten haben nach erheblichen Widerständen und Schwierigkeiten Brandenburg nach dem 30jährigen Krieg vorangebracht und bereichert, was bis heute Spuren hinterlassen hat. Von diesen Integrationsprozessen, die mehrere Dimensionen haben (ökonomisch, kulturell, sozial, politisch), können wir noch immer lernen.

Die heutige Situation ist freilich eine andere. Heute sind es über 30.000 Flüchtlinge, vornehmlich Syrer, Iraker und Afghanen. Das ‚Toleranzedikt‘ richtet sich nicht nur an ‚Glaubensgenossen‘, und die gesellschaftlichen Prozesse können in einer Demokratie nicht von oben gesteuert werden. Angesichts dieser Situation dürfen die alten Fehler einer fehlenden Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte, die eine Querschnittsaufgabe ist, nicht wiederholt werden. Integration ist ein

wechselseitiger längerer Prozess, der viele Hände sowie Geld und Geduld erfordert. Perspektiven, Spracherwerb und Qualifizierung sind vordringlich. Das eröffnet Chancen bei der Behebung des Fachkräftemangels und in der Bewältigung des demographischen Wandels. Es wird aber auch Probleme und Konflikte geben, die *offen* angesprochen werden müssen. Nur so können Ängste abgebaut und Probleme gelöst werden.

Dafür ist zuallererst eine verbindend-verbindliche Kommunikation mit den Bürgern und Bürgerinnen nötig. Zur Bürgerbeteiligung gehört die *frühzeitige* Information und *ehrliche* Aufklärung, denn zusätzliches Geld und außerordentliche Anstrengungen werden in Infrastruktur, Wohnen, Arbeit und Bildung fließen müssen. Schon 2016 werden sich die Kosten voraussichtlich verdoppeln. Dafür müssen in einem föderalen Bundesstaat mehrere Ebenen (Kommunen, Landkreise, Land, Bund) zusammenarbeiten. Deutschland kann das. Vor allem die Anliegen der Kommunen und Städte gehören jetzt an die *erste Stelle*. Da müssen noch viele umdenken. Eine konkrete Agenda von verschiedenen Orten aus wäre zudem hilfreich; ein neuer ziviler Patriotismus in vielen Köpfen und Herzen ist nötig.